

Schriftliche Fragen

mit den in der Woche vom 9. März 1987
eingegangenen Antworten der Bundesregierung

Verzeichnis der Fragesteller

<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Amling (SPD)	16, 17, 18, 19	Kühbacher (SPD)	11
Bachmaier (SPD)	61, 62	Leidinger (SPD)	51, 52, 53
Frau Beer (DIE GRÜNEN)	25	Frau Nickels (DIE GRÜNEN)	30, 31
Büchler (Hof) (SPD)	48, 49, 50	Poß (SPD)	14, 15
Catenhusen (SPD)	29, 65, 66, 67	Reschke (SPD)	64
Egert (SPD)	9, 10	Frau Saibold (DIE GRÜNEN)	1, 2
Esters (SPD)	5, 12, 26	Schäfer (Offenburg) (SPD)	57, 58, 59, 60
Dr. Friedmann (CDU/CSU)	39	Frau Schoppe (DIE GRÜNEN)	34, 35
Frau Hoffmann (Soltau) (CDU/CSU)	22, 23	Dr. Sperling (SPD)	63
Dr. Holtz (SPD)	40	Stiegler (SPD)	21, 36, 43
Hüser (DIE GRÜNEN)	3, 4	Dr. Struck (SPD)	6, 7, 8, 20
Jaunich (SPD)	37, 38	Verheugen (SPD)	44, 45, 46, 47
Kißlinger (SPD)	41, 42	Wieczorek (Duisburg) (SPD)	13
Kraus (CDU/CSU)	27, 28	Dr. de With (SPD)	24, 32, 33, 54, 55, 56

Verzeichnis der Fragen nach Geschäftsbereichen der Bundesregierung

	<i>Seite</i>		<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes		Poß (SPD)	4
Frau Saibold (DIE GRÜNEN)	1	Finanzierungsdefizit der Gebietskörperschaften und des öffentlichen Gesamthaushalts 1990 sowie Veränderungen bei Einbeziehung der 25 Milliarden DM Netto-Steuerentlastung 1990 auf Grund der Berechnungsmethode des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Voss für eine einstufige Steuerentlastung	
Aufforderung von Regierungssprecher Ost an Presse, Rundfunk und Fernsehen, sich nicht zum Instrument gegen die geplante Volkszählung mißbrauchen zu lassen		Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen		Poß (SPD)	5
Hüser (DIE GRÜNEN)	1	Nettoentlastung der Steuerzahler im Rahmen der Steuerreform nach Aussage von Bundeswirtschaftsminister Dr. Bangemann	
Senkung der steuerfreien Pauschalen für Aufwandsentschädigungen an Montagearbeiter nach dreimonatiger Tätigkeit auf einer Baustelle; Änderung der Lohnsteuer-Richtlinien		Amling (SPD)	5
Esters (SPD)	2	Programm zur Sicherung aller Stahlstandorte in der Bundesrepublik Deutschland, insbesondere der Maxhütte in Bayern; Beteiligung des Bundes an einem Entschuldungskonzept und Unterstützung der zu entlassenden Arbeitnehmer der Maxhütte	
Spürbare Entlastung der kleinen und mittleren Einkommen durch die für 1990 angekündigte Steuerreform		Dr. Struck (SPD)	6
Dr. Struck (SPD)	2	Höhe des Bruttosozialproduktes 1987 (real und nominal) nach den neuesten Schätzungen der Wirtschaftsforschungsinstitute	
Senkung der Steuern um rund 1 000 DM je Steuerzahler im Rahmen der Steuerreform 1990; Einbringung des Gesetzentwurfs nach Schließung der Finanzierungslücke von 44 Milliarden DM bzw. 19 Milliarden DM		Stiegler (SPD)	7
Dr. Struck (SPD)	2	Lage der Porzellan- und Glasindustrie	
Gesamtsteueraufkommen 1987		Frau Hoffmann (Soltau) (CDU/CSU)	8
Egert (SPD)	3	Aufkommen, Verbrauch und Preisentwicklung von Altpapier 1986	
Werbung des Volkswagenwerkes in der politisch umstrittenen amerikanischen ABC-Fernsehserie „Amerika“		Dr. de With (SPD)	9
Kühbacher (SPD)	3	Rückläufigkeit des Fremdenverkehrs in Nordostoberfranken angesichts der Luftverschmutzung	
Mehrbelastung des Bundeshaushalts durch Erhöhung des Abführungsbetrags für Steuereinnahmen des Bundes an die EG 1988		Frau Beer (DIE GRÜNEN)	10
Esters (SPD)	3	Nach Teil I, Abschnitte A, B und C der Ausfuhrliste zur Außenwirtschaftsverordnung genehmigte Warenexporte nach Südafrika 1986; Warenwert	
Höhe der Ausgabenansätze in den mittelfristigen Finanzplänen des Bundes, der Länder und der Gemeinden für 1990 unter Berücksichtigung der Mindereinnahmen durch die geplanten Steuersenkungen		Esters (SPD)	10
Wieczorek (Duisburg) (SPD)	4	Bruttosozialprodukt 1987 nach Schätzungen der Brüsseler Kommission und der Bundesregierung	
Finanzierung der geplanten Steuerentlastung 1990 durch die „angesparten heimlichen Steuererhöhungen“ und deren Bedeutung für die Finanzpläne von Bund, Länder und Gemeinden		Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	
		Kraus (CDU/CSU)	11
		Wildsterben nach der Äsung von „Doppel-Null-Raps“	

	Seite		Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung		Kißlinger (SPD)	17
Catenhusen (SPD)	12	Reparaturkosten an Reaktoren bei typgleichen Defekten wie in Neckarwestheim	
Gentechnische Forschungsvorhaben im wehrmedizinischen Bereich		Stiegler (SPD)	18
Frau Nickels (DIE GRÜNEN)	12	Stand der Verhandlungen mit der CSSR über ein Umweltabkommen	
Pilotprojekt zur Fortbildung von Schwestern- helferinnen für die Versorgung verletzter Soldaten durch das Malteser-Hilfswerk 1985/86 in Aachen; Unterbringung in Kasernen der Bundeswehr		Verheugen (SPD)	18
		Luftverschmutzung in Nordostoberfranken; Ergebnisse in der Zusammenarbeit mit der DDR und der CSSR, insbesondere bei der Rauchgasentschwefelung; Realisierung der Pilotprojekte	
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit		Büchler (Hof) (SPD)	19
Dr. de With (SPD)	13	Finanzhilfen an CSSR und DDR für eine beschleunigte Luftreinhaltepolitik	
Zulassung von valiumähnlichen Beruhi- gungsmitteln durch das Bundes- ministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit		Leidinger (SPD)	20
Frau Schoppe (DIE GRÜNEN)	13	Endlagerung des radioaktiven Molkepulvers	
Anwendung des Bundeserziehungsgeld- gesetzes auf deutsche nicht entsandte Angestellte der Goethe-Institute		Dr. de With (SPD)	21
Stiegler (SPD)	14	Herabsetzung der Auslösewerte für Smog- alarm angesichts der häufigen Inversions- wetterlagen in Nordostoberfranken; Einbeziehung in die als Smoggebiete ausgewiesenen Regionen; Einrichtung regionaler Emissionskataster	
Forderungen Bayerns zur AIDS-Bekämpfung		Schäfer (Offenburg) (SPD)	22
Jaunich (SPD)	14	Lagerungsorte und Belastungsintensität von radioaktivem Molkepulver, insbesondere im Bundesbahnausbesserungswerk bei Rosenheim	
Vorlage eines Gesetzentwurfs zur Einführung einer Deklarationspflicht für Kosmetika			
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr		Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	
Dr. Friedmann (CDU/CSU)	15	Bachmaier (SPD)	23
Sicherstellung des Nahverkehrs im Raum Rastatt, Ötigheim, Bietigheim, Durmers- heim nach Auflassung der Bundesbahn- schnelltrasse		Abtretung von Beamtenbezügen zum Heimstättenbau	
		Dr. Sperling (SPD)	23
Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit		Verbesserungen im Mietenindex	
Dr. Holtz (SPD)	16	Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie	
Lieferung von verstrahltem Molkepulver und Fleisch aus den EG nach Brasilien		Reschke (SPD)	24
Kißlinger (SPD)	16	Forschung und Entwicklung von Technologien zur Entsorgung von PCB-belastetem Altöl	
Exportversuch von radioaktivem Molke- pulver der Firma Meggle KG; Adressat der Entschädigungszahlungen		Catenhusen (SPD)	25
		Bundesmittel zur Förderung der Fusionsforschung 1970 bis 1986	

**Geschäftsbereich des Bundeskanzlers
und des Bundeskanzleramtes**

- | | |
|--|--|
| 1. Abgeordnete
Frau
Saibold
(DIE GRÜNEN) | Trifft es zu, daß Regierungssprecher Ost in Gesprächen, Briefen oder Fernschreiben Presseagenturen und möglicherweise auch Presse-, Funk- und Fernsehredaktionen aufgefordert hat, sich nicht zum Instrument gegen die für Mai 1987 geplante Volkszählung mißbrauchen zu lassen? |
| 2. Abgeordnete
Frau
Saibold
(DIE GRÜNEN) | Falls dies zutrifft, was hat Herr Ost damit konkret gemeint, und welche besonderen Vorkommnisse veranlaßten ihn zu diesem Schritt? |

**Antwort des Staatssekretärs Ost
vom 5. März 1987**

Da ich weder in Gesprächen noch Briefen oder Fernschreiben Einfluß in der von Ihnen erfragten Zielrichtung genommen bzw. zu nehmen versucht habe, erledigt sich damit zugleich eine Beantwortung der zweiten Frage.

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

- | | |
|--|---|
| 3. Abgeordneter
Hüser
(DIE GRÜNEN) | Aus welchen Gründen hält die Bundesregierung es für gerechtfertigt, daß die steuerfreien Pauschalen für Aufwandsentschädigungen für Montagearbeitnehmer nach einem Zeitraum von drei Monaten Tätigkeit auf einer Montagebaustelle sinken? |
| 4. Abgeordneter
Hüser
(DIE GRÜNEN) | Zieht die Bundesregierung eine diesbezügliche Änderung der Lohnsteuer-Richtlinien in nächster Zeit in Betracht? |

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Häfele
vom 6. März 1987**

Die Höhe der in den Lohnsteuer-Richtlinien festgesetzten Pauschbeträge für steuerfreie Ersatzleistungen des Arbeitgebers aus Anlaß einer auswärtigen Montagetätigkeit richtet sich nach den typischerweise entstehenden Aufwendungen, die der Arbeitnehmer ohne Ersatzleistung als Werbungskosten geltend machen könnte. Die Verringerung der steuerfreien Pauschbeträge nach Ablauf von drei Monaten einer Tätigkeit an derselben Einsatzstelle beruht auf der dem typischen Geschehensablauf entsprechenden Lebenserfahrung, daß bei einem längeren Aufenthalt in der Regel eine Kostenverbilligung eintritt, zum Beispiel durch Mieten eines möblierten Zimmers statt einer Hotelunterkunft. Sollten im Einzelfall die tatsächlich anfallenden Mehraufwendungen höher als der steuerfreie Arbeitgeberersatz sein, hat der Arbeitnehmer im übrigen die Möglichkeit, die nachgewiesenen oder glaubhaft gemachten Unterschiedsbeträge als Werbungskosten geltend zu machen.

Eine Änderung der Lohnsteuer-Richtlinien in diesem Bereich ist nicht beabsichtigt.

5. Abgeordneter
Esters
(SPD)
- Trifft es zu, daß durch die vom Bundesminister der Finanzen angekündigte Tarifänderung 1990 „am spürbarsten kleine und mittlere Einkommen entlastet werden“ (vgl. Frankfurter Rundschau vom 27. Februar 1987, Seite 14)?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Häfele
vom 7. März 1987**

Ja. Spürbarste Steuerentlastung erhalten die rund 500 000 Steuerpflichtigen, die künftig keine Lohn- oder Einkommensteuer mehr zu entrichten haben werden.

6. Abgeordneter
Dr. Struck
(SPD)
- Trifft es zu, daß „jeder Steuerzahler“ nach der vom Bundesminister der Finanzen angekündigten Tarifänderung 1990 „mindestens 1 000 DM jährlich mehr in der eigenen Tasche behält“ (vgl. Frankfurter Rundschau vom 27. Februar 1987, Seite 14)?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Häfele
vom 7. März 1987**

Der von den Koalitionsparteien vereinbarte leistungsfördernde und sozial ausgewogene Zukunftstarif wird Durchschnittsverdiener um über 1 000 DM entlasten. Wer jetzt schon weniger als 1 000 DM Steuern zu zahlen hat, kann allerdings nicht um 1 000 DM entlastet werden.

7. Abgeordneter
Dr. Struck
(SPD)
- Wird die Bundesregierung den Gesetzentwurf über das Steuerpaket 1990 erst einbringen, wenn feststeht, wie die Finanzierungslücke von 44 Milliarden DM bzw. 19 Milliarden DM geschlossen wird?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Häfele
vom 7. März 1987**

Bis zur Vorlage des Gesetzentwurfs für die Steuerreform wird die Bundesregierung auch die Einzelentscheidungen über die Umschichtung treffen.

8. Abgeordneter
Dr. Struck
(SPD)
- Geht die Bundesregierung davon aus, daß nach den neuesten Kenntnissen die im November 1986 geschätzte Höhe des Gesamtsteueraufkommens für 1987 noch realistisch ist und erreicht wird?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Häfele
vom 7. März 1987**

Die Bundesregierung sieht gegenwärtig keinen Anlaß für eine neue Steuerschätzung. Die Schätzung für 1987 wird anlässlich der nächsten turnusmäßigen Sitzung des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ im Mai 1987 zu überprüfen sein.

9. Abgeordneter
Egert
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß der zu 40 v. H. bundeseigene bzw. landeseigene Konzern Volkswagen AG von dem amerikanischen Automobilkonzern Chrysler mit Preisermäßigung die Werbezeiten aus der politisch stark umstrittenen ABC-Fernsehserie „Amerika“ erworben hat?
10. Abgeordneter
Egert
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung den Tatbestand, daß ein zu großen Teilen bundeseigenes Unternehmen in einer US-Serie, in der systematisch Vorurteile gegen die Sowjetunion geschürt werden, Werbezeiten einkauft?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Voss
vom 11. März 1987**

Der Bundesregierung ist bekannt, daß die Volkswagen of America Inc. Werbezeiten für die von Ihnen genannte Fernsehserie erworben hat.

Die Volkswagen of America Inc. entscheidet über Werbemaßnahmen und deren Verteilung auf die unterschiedlichen Medien im Rahmen ihrer Geschäftspolitik selbständig und in eigener Verantwortung. Die Aufsichtsorgane der amerikanischen Tochtergesellschaft werden mit der Auswahl von Werbemitteln und Werbeträgern im einzelnen nicht befaßt; schon gar nicht der Vorstand der Muttergesellschaft Volkswagen AG. Mithin ist auch eine Befassung des Aufsichtsrats der Volkswagen AG, in dem der Bund vertreten ist, nicht erfolgt.

Im übrigen weise ich darauf hin, daß die Beteiligung des Bundes an der Volkswagen AG 16 v. H. beträgt.

11. Abgeordneter
Kühbacher
(SPD)
- Was würde die Erhöhung des Abführungs Betrags für Steuereinnahmen des Bundes an die EG im Jahr 1988 in Milliarden DM ausmachen, wenn der Bund dann „0,2 % des mehrwertsteuerpflichtigen Bruttosozialprodukts“ (vgl. Handelsblatt vom 2. März 1987, Seite 5) mehr als bei der geltenden Obergrenze abführen würde?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Voss
vom 11. März 1987**

Nach dem derzeitigen Stand der Schätzungen würde sich der bei einer Anhebung der Obergrenze der an die Gemeinschaft abzuführenden Mehrwertsteuer-Eigenmittel von bisher 1,4 v. H. um 0,2 Prozentpunkte 1988 von der Bundesrepublik Deutschland abzuführende Betrag um rund 2 Milliarden DM erhöhen.

12. Abgeordneter
Esters
(SPD)
- Sind nach den Vorstellungen des Bundesministers der Finanzen die Ausgabenansätze in den mittelfristigen Finanzplänen des Bundes, der Länder und der Gemeinden für 1990 mit dem daraus abgeleiteten gesamtstaatlichen Finanzierungsdefizit von rund 25 Milliarden DM noch realistisch, oder müssen sie als Folge der Netto-Steuersenkungen in Höhe von 25 Milliarden DM für das Jahr 1990 drastisch gekürzt werden?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Voss
vom 10. März 1987**

Die Finanzplanungen von Bund, Ländern und Gemeinden sehen für den mittelfristigen Zeitraum bis 1990 eine Begrenzung des Ausgabenzuwachses vor. Im Finanzplanungsrat wurde wiederholt bekräftigt, das Ausgabenwachstum im öffentlichen Gesamthaushalt auch in Zukunft an der 3 v. H.-Ausgabenlinie zu orientieren. Die von den Koalitionsparteien beschlossene Steuerreform mit einem Nettoentlastungsvolumen von 25 Milliarden DM unterstreicht die Notwendigkeit, diese zurückhaltende Ausgabengestaltung auch weiterhin fortzusetzen.

- | | |
|--|--|
| 13. Abgeordneter
Wieczorek
(Duisburg)
(SPD) | Was bedeutet es für die mehrjährigen Finanzpläne von Bund, Ländern und Gemeinden, wenn die 25 Milliarden DM Nettoentlastung 1990 durch die „angesparten heimlichen Steuererhöhungen“ finanziert werden sollen? |
|--|--|

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Voss
vom 10. März 1987**

Zur Finanzierung der von den Koalitionsparteien beschlossenen Steuerreform mit einem Nettoentlastungsvolumen von 25 Milliarden DM wird es vor allem erforderlich sein, den Ausgabenzuwachs in den Haushalten von Bund, Ländern und Gemeinden weiterhin eng zu begrenzen. Die sogenannten heimlichen Steuererhöhungen haben in Anbetracht der erreichten Preisstabilität weitgehend an Bedeutung verloren.

- | | |
|---|---|
| 14. Abgeordneter
Poß
(SPD) | Wie hoch ist nach den letzten Schätzungen der Bundesregierung das Finanzierungsdefizit der Gebietskörperschaften und das des öffentlichen Gesamthaushalts 1990, und welche quantitativen Veränderungen ergeben sich bei Einbeziehung der 25 Milliarden DM Netto-Steuerentlastung 1990, wenn man die vom Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen, Dr. Voss, in seinem Beitrag im Handelsblatt vom 5. September 1986 zugrunde gelegte Berechnungsmethode für eine einstufige Steuerentlastung anwendet? |
|---|---|

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Voss
vom 12. März 1987**

Die von den Koalitionsparteien beschlossene Steuerreform soll für die Steuerzahler eine Nettoentlastung von 25 Milliarden DM bringen. Zu ihrer Finanzierung ist es vor allem erforderlich, den Kurs der Ausgabenbegrenzung in den öffentlichen Haushalten und der Verminderung des Staatsanteils konsequent fortzusetzen. Auf dieser Basis und angesichts der erzielten Erfolge bei der Rückführung der Finanzierungsdefizite in der vergangenen Legislaturperiode kann auch eine vorübergehende, begrenzte Erhöhung bei Bund, Ländern und Gemeinden als Folge der Steuerentlastungen hingenommen werden. Eine aktualisierte Quantifizierung der mittelfristigen gesamtwirtschaftlichen und finanzwirtschaftlichen Entwicklung, in der auch die neuen steuerpolitischen Beschlüsse Berücksichtigung finden, wird im Rahmen der Vorbereitungen zur Aufstellung des Bundeshaushalts 1988 und des mittelfristigen Finanzplans bis 1991 erfolgen.

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

15. Abgeordneter
Poß
(SPD)
- Hat der Bundeswirtschaftsminister Dr. Bange-
mann bei seiner Zusage vom 22. Januar 1987
im ZDF: „Jeder Steuerzahler wird durch-
schnittlich 1 000 DM weniger Steuern im Jahr
zahlen“ wirklich die Nettoentlastung im Rahmen
der Steuerreform gemeint?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Sprung
vom 9. März 1987**

Die Bundesregierung strebt ein solches Ziel an. Die beabsichtigte Steuer-
tarifreform soll zu einer endgültigen Steuerentlastung von etwa 25 Mil-
liarden DM führen. Eine individuelle, alle Umstände des Einzelfalls
berücksichtigende Entlastungsberechnung ist noch nicht möglich, da
über Umstrukturierungen im Zusammenhang mit der vorgesehenen Brut-
toentlastung von insgesamt 44,4 Milliarden DM noch zu entscheiden sein
wird. Ziel ist dabei, daß eine durchschnittliche individuelle Entlastung
der Steuerzahler um rund 1 000 DM pro Jahr erreicht wird. Ich verweise
in diesem Zusammenhang auch auf die Antwort, die Ihnen der Parlamen-
tarische Staatssekretär Dr. Häfele beim Bundesminister der Finanzen am
5. Februar 1987 gegeben hat.

16. Abgeordneter
Amling
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, ein nationales
Stahlprogramm zur Sicherung aller Stahlstand-
orte in der Bundesrepublik Deutschland aufzu-
legen?
17. Abgeordneter
Amling
(SPD)
- Welche Maßnahmen zur Sicherung der bayeri-
schen Stahlstandorte Maxhütte in Sulzbach-Ro-
senberg, Maxhütte Haidhof und Auerbach beab-
sichtigt die Bundesregierung im Rahmen eines
nationalen Stahlkonzeptes?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Sprung
vom 11. März 1987**

Die Bundesregierung ist nicht bereit, ein Stahlprogramm zur Sicherung
aller Stahlstandorte aufzulegen. Die Verantwortung für die Unterneh-
menskonzepte und Produktionsstätten liegt bei den Unternehmen und
ihren gesetzlich vorgesehenen Organen. Es ist nicht Aufgabe des Staates,
durch einen zentral gelenkten Stahlplan in diese Verantwortung einzu-
greifen. Erfahrungen mit derartigen staatlichen Konzepten in europäi-
schen Nachbarstaaten ermutigen nicht, unsere Rechts- und Wirtschafts-
ordnung zu ändern. Die Absatzmöglichkeiten für Stahl würde dies
ohnehin nicht erhöhen.

Unabhängig davon wird die Bundesregierung den Strukturanpassungs-
prozeß in der Stahlindustrie weiterhin mit den bestehenden Instrumenta-
rien wirtschafts- und sozialpolitisch flankieren.

18. Abgeordneter
Amling
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, sich zusammen
mit dem Freistaat Bayern an einem Entschul-
dungskonzept für die Maxhütte zu beteiligen,
und welche konkreten Möglichkeiten stehen da-
zu zur Verfügung?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Sprung
vom 11. März 1987**

Die Maxhütte hat, wie andere Stahlunternehmen auch, Mittel aus dem bis 1985 befristeten Stahlhilfeprogramm der Bundesregierung erhalten.

In diesem Rahmen ist der Umstrukturierungsprozeß der Maxhütte mit umfangreichen Strukturverbesserungshilfen und Investitionszulagen gefördert worden. Die Bundesregierung geht davon aus, daß die Maxhütte diese Mittel zur Wiederherstellung ihrer Ertragskraft verwandt hat.

Weitere stahlspezifische Beihilfen an Stahlunternehmen in der EG sind – mit wenigen engbegrenzten Ausnahmen – nach dem Subventionskodex Stahl der EG seit 1. Januar 1986 verboten.

19. Abgeordneter
Amling
(SPD)

Wie bewertet die Bundesregierung das von der Maxhütte vorgesehene Sanierungsprogramm, und welche Unterstützung haben die zu entlassenden Arbeitnehmer aus der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) und von der Bundesregierung zu erwarten?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Sprung
vom 11. März 1987**

Der Bundesregierung liegt das von der Maxhütte vorgesehene Sanierungsprogramm nicht vor. Sie kann es deshalb nicht bewerten.

Die entlassenen Arbeitnehmer werden weiterhin mit den Maßnahmen nach Artikel 56 EGKS-Vertrag unterstützt. In diesem Rahmen erhalten sie, bzw. die Unternehmen, finanzielle Zuschüsse (im wesentlichen Übergangsbeihilfen, Abfindungen) aus dem Bundeshaushalt und aus dem EGKS-Haushalt. Die Hilfen bemessen sich nach den Richtlinien zu Artikel 56 EGKS-Vertrag des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung vom 15. Februar 1982.

20. Abgeordneter
Dr. Struck
(SPD)

Wie hoch wird das Wachstum des Bruttosozialprodukts real und nominal nach den neuesten Einschätzungen der einzelnen Wirtschaftsforschungsinstitute 1987 ausfallen, und welche absoluten Werte des Bruttosozialprodukts (real und nominal) würden damit 1987 erreicht?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Sprung
vom 11. März 1987**

Die Wachstumsraten und – soweit vorliegend – die absoluten Werte des Bruttosozialprodukts (jeweils real und nominal) für das Jahr 1987, wie sie von den Wirtschaftsforschungsinstituten zuletzt veröffentlicht wurden, zeigt nachstehende Tabelle. (Der Veröffentlichungsmonat ist in Klammern dem Institutsnamen jeweils beigelegt):

Bruttosozialprodukt

	IfW Kiel (Dezember 1986)	Ifo München (Dezember 1986)	DIW Berlin (Januar 1987)	HWWA Hamburg (Januar 1987)	RWI Essen (Februar 1987)
1. Veränderung 1987 gegenüber 1986 in v. H.					
nominal	5	4	3	4 ¹ / ₂	4 ¹ / ₂
real	3*)	2–2 ¹ / ₂	1 ¹ / ₂	2 ¹ / ₂	2
2. In Milliarden DM:					
in jeweiligen Preisen	—	—	2 007	—	—
in Preisen von 1980	—	1 658	1 641,5	1 665	—

*) Zuletzt nochmals bestätigt in „Kieler Kurzberichte aus dem IfW, Nr. 3/87“.

Die Differenzen in den Institutsprognosen sind zum Teil auf Unterschiede in der zugrundeliegenden statistischen Ausgangsbasis für 1986 zurückzuführen. So mußten z. B. Prognosen, die vor Januar 1987 erstellt wurden, auf institutseigenen Sozialproduktsschätzungen für 1986 basieren. Die ersten vorläufigen Ergebnisse der Sozialproduktsberechnung für 1986 hat das Statistische Bundesamt am 7. Januar 1987 und eine Aktualisierung am 10. März 1987 veröffentlicht.

21. Abgeordneter
Stiegler
(SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Lage der Porzellan- und Glasindustrie nach der Frankfurter Frühjahrsmesse und der G-7-Vereinbarung zur Währungsentwicklung, und was wird sie gegebenenfalls zur Stabilisierung dieser von der Währungsentwicklung besonders betroffenen und im ostbayerischen Grenzland konzentrierten Branche unternehmen?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Sprung
vom 10. März 1987**

Bei den Wirtschaftsglas- und Porzellanfirmen, die auf der Frankfurter Frühjahrsmesse ausgestellt hatten, überwog eine zufriedenstellende Beurteilung des Messegeschäftes; teilweise war sogar von guten Ordern die Rede.

Dennoch ist die Lage in beiden Industriezweigen angespannt. Das ist allerdings weniger auf wechselkursbedingte Verluste im Export, sondern vielmehr auf das immer noch zurückhaltende Verbraucherverhalten im Inland zurückzuführen. Der Inlandsabsatz war in den letzten Jahren im Durchschnitt rückläufig, während die Exporte nach beachtlichen Ausfuhrsteigerungen in den letzten Jahren erst im Jahre 1986 geringfügig zurückgingen.

Die Wirtschaftsglasindustrie prüft z. Z., ob eine gruppenwirtschaftliche Untersuchung für ihren Industriezweig hilfreich sein kann, die gegebenenfalls von der Bundesregierung finanziell unterstützt werden würde. Für andere Maßnahmen sieht die Bundesregierung allerdings keine Möglichkeit.

22. Abgeordnete
**Frau
Hoffmann
(Soltau)**
(CDU/CSU)

Wie hoch war im Jahre 1986 nach Erkenntnis der Bundesregierung das Altpapieraufkommen in der Bundesrepublik Deutschland, und in welchem Volumen bewegte sich damit zusammenhängend der Verbrauch des Altpapiers?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Sprung
vom 10. März 1987**

Eine Statistik über Aufkommen und Verbrauch an Altpapier wird vom Statistischen Bundesamt nicht geführt. Nach vorläufigen Berechnungen des Verbandes Deutscher Papierfabriken e. V. betrug das Aufkommen an Altpapier im letzten Jahr rund 4,5 Millionen Tonnen. Dies ist ein Zuwachs von 4 v. H. gegenüber 1985. Der Verbrauch nahm dagegen 1986 nur um 1,5 v. H. auf knapp 4,1 Millionen Tonnen zu. Dadurch erhöhte sich der Angebotsüberschuß an Altpapier auf 460 000 Tonnen und war somit dreimal so hoch wie 1984. Damit ging die Altpapiereinsatzquote in den letzten beiden Jahren von 43,6 v. H. auf 43,3 v. H. zurück, obwohl mehr Altpapier bei der Produktion von Papier eingesetzt worden ist (Anlage 1).

Anlage 1

Aufkommen und Verbrauch von Altpapier (ohne DDR-Handel)

Jahr	Aufkommen		Verbrauch		Altpapier- einsatz- quote ²⁾
	1 000 Tonnen	Veränderung gegenüber Vorjahr in v. H.	1 000 Tonnen	Veränderung gegenüber Vorjahr in v. H.	in v. H.
1984	4 120	—	3 963	—	43,6
1985	4 371	+ 6,1	4 025	+ 1,6	43,5
1986 ¹⁾	4 545	+ 4,0	4 085	+ 1,5	43,3

Quelle: Verband Deutscher Papierfabriken e. V.

¹⁾ vorläufig

²⁾ Anteil des Altpapierverbrauchs an der Papierproduktion

23. Abgeordnete
**Frau
Hoffmann
(Soltau)**
(CDU/CSU)

Wie haben sich im Jahre 1986 nach Kenntnis der Bundesregierung auf dem Altpapiersektor die Preise entwickelt?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Sprung
vom 10. März 1987**

Der Großhandelspreisindex für Altpapier (1980 = 100) des Statistischen Bundesamtes weist auf Grund der Marktverhältnisse einen drastischen Rückgang auf. So liegt der Preisindex 1986 um 53,2 Indexpunkte bzw. 57 v. H. unter dem des Jahres zuvor. Noch deutlicher wird der Preisverfall, wenn man die Entwicklung der letzten beiden Jahre betrachtet: Der Preisindex im Januar 1987 liegt um 88,2 Indexpunkte bzw. 74 v. H. unter dem von Januar 1985. Besonders betroffen sind die sogenannten unteren Sorten, die vorwiegend durch Haussammlungen erfaßt werden (Anlage 2).

Anlage 2

Großhandelspreisindex für Altpapier (1980 = 100)
des Statistischen Bundesamtes

Zeit	Altpapier für Papier- und Pappe- erzeugung	Sortiert gemischtes Altpapier B 12	Druck- und Verlags- Altpapier C 02	Tages- zeitun- gen E 11	Karto- nagen- abfälle H 12	Loch- karten U 31/33	Ge- brauchte Well- pappe W 52/62
1976	74,0	68,4	74,1	77,5	82,0	109,8	76,4
1977	65,9	59,8	68,2	75,9	72,8	97,0	66,2
1978	53,3	46,0	55,1	66,0	56,7	78,2	55,6
1979	78,4	73,5	73,8	82,2	86,6	89,9	82,4
1980	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
1981	65,5	54,0	66,2	77,9	70,6	105,0	69,7
1982	66,5	52,1	65,8	74,1	68,8	112,9	77,4
1983	68,9	60,1	66,2	75,1	68,3	97,4	75,9
1984	96,1	95,5	93,7	102,1	96,6	108,3	94,2
1985	93,5	86,1	93,1	102,7	101,6	105,5	95,6
1986	40,3	26,2	32,1	51,4	48,0	74,4	50,1
1985							
Januar	119,4	122,0	121,8	122,9	124,5	116,6	112,6
Februar	117,2	117,0	119,8	121,1	121,1	116,8	114,0
März	116,6	116,4	118,9	120,4	119,6	117,2	113,6
April	113,9	113,4	114,1	117,3	119,0	115,2	111,3
Mai	110,1	108,7	110,6	114,8	118,1	110,7	107,2
Juni	107,3	104,3	106,1	111,2	116,0	109,7	106,6
Juli	93,8	81,2	92,2	104,7	106,5	108,0	100,6
August	80,3	66,3	76,7	94,7	89,0	103,5	88,3
September	71,3	55,9	68,0	86,6	81,3	95,5	80,1
Oktober	67,4	51,9	65,2	83,1	78,3	92,8	75,3
November	64,4	49,5	63,7	81,2	75,8	92,0	70,5
Dezember	60,8	47,1	60,6	73,8	70,4	88,5	67,4
1986							
Januar	57,8	44,8	54,2	69,0	68,0	85,3	64,9
Februar	52,6	40,3	45,9	64,7	62,5	80,1	59,1
März	49,1	35,1	41,7	63,2	59,2	78,3	56,8
April	45,8	32,1	39,3	60,1	53,2	77,3	53,6
Mai	40,9	26,6	35,0	51,3	49,1	74,6	50,6
Juni	39,4	25,9	30,5	50,5	45,5	74,6	48,9
Juli	36,8	22,7	26,1	47,8	42,6	73,9	47,7
August	33,2	18,4	23,5	44,0	40,4	69,0	44,6
September	31,5	16,9	21,9	42,0	38,3	69,2	42,4
Oktober	31,6	17,4	22,1	42,6	39,1	70,1	41,5
November	33,5	19,0	23,5	40,8	41,6	70,0	45,6
Dezember	31,5	15,4	20,9	40,5	36,4	69,9	46,0
1987							
Januar	31,2	15,5	20,7	41,1	34,5	67,2	45,5

24. Abgeordneter
Dr. de With
(SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß der Fremdenverkehr in Nordostoberfranken durch die ständige Belastung der Atemluft rückläufig ist, und ist sie bereit, diesen wichtigen Wirtschaftszweig in der Region gezielt zu unterstützen?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Sprung
vom 11. März 1987**

Die Ihrer Frage zugrundeliegende Vermutung, daß der Fremdenverkehr in Nordostoberfranken rückläufig sei, vermag ich nicht zu bestätigen. Die Beherbergungsstatistik für 1986 ist zwar noch nicht abschließend aufbereitet und veröffentlicht, das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr hat mir jedoch mitgeteilt, daß nach seinen Beobachtungen die Fremdenverkehrsübernachtungen im Fichtelgebirge und im Frankenwald stärker zugenommen haben als im Bundesdurchschnitt.

Einen besonderen Handlungsbedarf vermag ich daher nicht zu erkennen. Zuständig für die Durchführung der Regionalförderung wäre zudem nicht der Bund, sondern das Land Bayern, das diese Region in den zurückliegenden Jahren mit Erfolg durch Sonderwerbemaßnahmen gefördert hat.

- | | |
|---|---|
| 25. Abgeordnete
Frau
Beer
(DIE GRÜNEN) | Welche nach Teil I der Ausfuhrliste – Anlage AL zur Außenwirtschaftsverordnung – genehmigungspflichtigen Waren wurden im Jahre 1986 mit Genehmigung der Bundesregierung nach Südafrika exportiert (Nummern der Ausfuhrliste), und wie verteilt sich der Warenwert auf die Teile A, B und C der oben genannten Ausfuhrliste? |
|---|---|

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Sprung
vom 12. März 1987**

Im Jahre 1986 sind Genehmigungen für den Export von Waren des Teils I der Ausfuhrliste nach Südafrika im Gesamtwert von 93 Millionen DM erteilt worden.

Dieser Genehmigungswert bezieht sich nahezu ausschließlich (99,9 v. H.) auf Genehmigungen für Waren des Teils I Abschnitt C der Ausfuhrliste.

- | | |
|--|--|
| 26. Abgeordneter
Esters
(SPD) | Wie hoch (in Milliarden DM) schätzt die Brüsseler Kommission jetzt das nominale und reale Bruttosozialprodukt in der Bundesrepublik Deutschland für 1987, und wie ist die Einschätzung der Bundesregierung gegebenenfalls nach den Annahmen des Jahreswirtschaftsberichts? |
|--|--|

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Sprung
vom 11. März 1987**

In einer Aktualisierung der Vorausschätzung im EG-Jahreswirtschaftsbericht vom Herbst 1986, die Ende Februar 1987 veröffentlicht wurde, schätzt die Brüsseler Kommission eine Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts für die Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1987 von real 2 v. H. Kommissionsschätzungen der Wachstumsrate des nominalen Bruttoinlandsprodukts oder von Wertgrößen des Bruttoinlands- oder Bruttosozialprodukts wurden nicht vorgelegt.

Der Jahreswirtschaftsbericht 1987 der Bundesregierung geht aus von einem Wachstum des nominalen Bruttosozialprodukts in Höhe von 4 v. H. bis 4½ v. H. Der Projektion liegen die ersten vorläufigen Ergebnisse der Sozialproduktsberechnung 1986 des Statistischen Bundesamtes zugrunde. Der Spanne von 4 v. H. bis 4½ v. H. entspricht im Mittel ein Wert des Bruttosozialprodukts von etwa 2032 Milliarden DM (1986, Berechnungsstand Januar 1987: 1 950,6 Milliarden DM). Der im Jahreswirtschaftsbericht unterstellten realen Zunahme des Bruttosozialprodukts von rund 2½ v. H. im Jahr 1987 entspricht in 1980er Preisen ein Wert von rund 1 660 Milliarden DM (1986: 1 619,70 Milliarden DM).

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten**

- | | |
|---|---|
| 27. Abgeordneter
Kraus
(CDU/CSU) | Wie beurteilt die Bundesregierung Presseberichte, aus denen hervorgeht, daß Hasen und Rehe nach der Äsung von „Doppel-Null-Raps“ verenden, und liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, welche Wirkstoffe hier zum Tod des Wildes führen? |
| 28. Abgeordneter
Kraus
(CDU/CSU) | Welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung gegebenenfalls zu ergreifen, um künftig solch ein Wildsterben zu verhindern? |

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. von Geldern
vom 9. März 1987**

Wie bereits dem Abgeordneten Müntefering auf eine den gleichen Fragenkomplex betreffende Frage mitgeteilt wurde, beruhen die Meldungen über gesundheitliche Schäden bei Hasen und Rehen nach der Äsung von „Doppel-Null-Raps“ auf Theorien, die bisher weder bestätigt noch widerlegt werden konnten.

Als „Doppel-Null-Raps“ werden jene Formen des Rapses bezeichnet, bei denen das aus den Körnern gewonnene Öl erucasäurefrei ist (dies ist für die Verwendung des Rapsöls in der menschlichen Ernährung von Bedeutung, da Erucasäure als gesundheitlich bedenklich gilt) und das Extraktionsschrot glucosinolatarm ist (die Glucosinolat-Armut ist, da Extraktionsschrot als eiweißreiches wertvolles Futtermittel eingesetzt wird, für die Tiergesundheit wichtig).

Doppel-Null-Sorten sind bereits vor etwa 15 Jahren weltweit an mehreren Stellen gezüchtet worden. Sorten mit diesen Eigenschaften sind seit Jahren, z. B. in Dänemark und Kanada, wo die gesamte Rapsproduktion auf Doppel-Null-Sorten umgestellt ist, im Anbau. In der Bundesrepublik Deutschland sind seit 1973 Doppel-Null-Sorten als Futterraps (zur Erzeugung von Grünfutter) zugelassen und im Anbau. Der nunmehr beginnenden allgemeinen Nutzung von Doppel-Null-Sorten zur Körnererzeugung ging neben der Saatguterzeugung auch ein mehrjähriger Modell-Anbau auf größeren, über die gesamte Bundesrepublik Deutschland verteilten Flächen voraus, um die Anbaueigenschaften dieser Sorten kennenzulernen. Dabei sind keine Beeinträchtigungen von Wild- oder Nutztieren bekanntgeworden.

Eine Umfrage bei den Ländern im Januar 1987 hat folgendes ergeben:

- In Mittel- und Südhessen sowie in der Gegend um Mainz und vereinzelt in Bayern wurde zwischen Mitte September und Anfang Dezember ein unerklärliches Hasensterben beobachtet. Das übrige Bundesgebiet blieb – trotz regional stärkeren Anbaus von Doppel-Null-Raps – von dieser Erscheinung verschont.
- Von den im genannten Zeitraum untersuchten Hasen wiesen in Hessen mehr als 50 v. H. eine deutlich ausgeprägte Leberdystrophie mit Ausbildung eines z. T. sehr starken Ikterus (Gelbsucht) auf. Dagegen wird in Rheinland-Pfalz das Verenden der Hasen weitgehend auf Krankheiten wie Coccidiose, Nagerseuche oder Pasteurellose zurückgeführt. In Bayern sind die Untersuchungen noch nicht abgeschlossen, doch schließen die bisher erzielten Ergebnisse eine überhöhte Nitrataufnahme oder Rückstände von Pflanzenschutzmitteln als Todesursache weiterhin aus.

Die Länder Bayern und Hessen haben nach Bekanntwerden der Erscheinungen wissenschaftliche Untersuchungen veranlaßt, um deren Ursachen aufzuklären und dabei u. a. der Theorie nachzugehen, die im Anbau von Doppel-Null-Raps die Ursache für dieses Hasensterben vermutet.

Über außergewöhnliche Rehverluste ist aus der Bundesrepublik Deutschland bisher nichts bekanntgeworden; derartige Fälle scheinen insbesondere in Österreich aufzutreten.

Die eingeleiteten Untersuchungen sind noch nicht abgeschlossen; Aussagen über die Ursachen des ungewöhnlichen, regional begrenzten Hasensterbens und damit über erfolversprechende Gegenmaßnahmen sind deshalb derzeit nicht möglich.

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

29. Abgeordneter
Catenhusen
(SPD)
- Sind von seiten des Bundesministeriums der Verteidigung für das Haushaltsjahr 1987 neben dem in Hannover laufenden Projekt weitere gentechnische Forschungsvorhaben im wehrmedizinischen Bereich vorgesehen oder vergeben, und um welche handelt es sich dabei?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Würzbach vom 12. März 1987

Derzeit wird kein weiteres gentechnologisches Forschungshaben durchgeführt.

Vorhaben zur Verbesserung der Diagnostik, Prophylaxe und Therapie werden diskutiert. Hierzu gehört auch die Frage, ob humane Acetylcholinesterase über Bakterien produziert werden soll, um Vergiftungen durch Alkylphosphate aufheben zu können.

30. Abgeordnete
Frau Nickels
(DIE GRÜNEN)
- Ist es richtig, daß der Malteser-Hilfsdienst im Raume Aachen gemeinsam mit der Bundeswehr ein Pilotprojekt zur Fortbildung von Schwesternhelferinnen 1985/86 durchgeführt hat, welches die Versorgung von verletzten Soldaten betrifft?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Würzbach vom 12. März 1987

Die Bundeswehr führt mit den zivilen Hilfsorganisationen – auch mit dem Malteser-Hilfsdienst – ein Pilotprojekt im Rahmen der seit 1977 vereinbarten Einweisungsveranstaltungen über Infrastruktur, Arbeitsweise und Organisation von ortsfesten Sanitätseinrichtungen (Reservelazarette) der Bundeswehr für Schwesternhelferinnen durch.

31. Abgeordnete
Frau Nickels
(DIE GRÜNEN)
- Ist es zutreffend, daß die Schwesternhelferinnen während ihrer Fortbildung in verschiedenen Kasernen der Bundeswehr untergebracht waren und die Fortbildung alle Bereiche des Katastrophenschutzes umfaßt hat?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Würzbach
vom 12. März 1987**

Diese eintägigen Einweisungsveranstaltungen, die unter Leitung der zivilen Hilfsorganisationen durchgeführt werden, finden im allgemeinen in Kasernen der Bundeswehr statt. Neben der Information über Organisation und Aufgaben militärischer Sanitätseinrichtungen werden auch Themen aus dem Bereich der Unfallmedizin und dem Tätigkeitsfeld von Schwesternhelferinnen behandelt.

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend,
Familie, Frauen und Gesundheit**

32. Abgeordneter
Dr. de With
(SPD)
- Trifft es zu, daß das Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit die Standardzulassung für valiumähnliche Beruhigungsmittel blockiert, obwohl die zuständige Kommission die Qualitätsanforderungen dafür festgelegt hat und das Patent des Valium-Herstellers Hoffmann – La Roche längst ausgelaufen ist?

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Frau Karwatzki
vom 9. März 1987**

Der Wirkstoff in Valium, Diazepam, gehört zu der Stoffklasse der Benzodiazepine. Dieser Wirkstoff ist mit weiteren 32 Benzodiazepinen als Betäubungsmittel nach dem Betäubungsmittelgesetz eingestuft und unterliegt den nationalen und internationalen Suchtstoffkontrollen. Dem Bundesminister für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit als Verordnungsgeber erscheint es deshalb als nicht opportun, Fertigarzneimittel mit diesem Wirkstoff von der Pflicht der Einzelzulassung freizustellen.

33. Abgeordneter
Dr. de With
(SPD)
- Werden durch solche Verzögerungen die Verbraucher zugunsten des Unternehmens benachteiligt?

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Frau Karwatzki
vom 9. März 1987**

Eine Benachteiligung des Verbrauchers zugunsten des pharmazeutischen Unternehmers wird nicht gesehen, da mehr als zehn pharmazeutische Unternehmer Fertigarzneimittel mit dem Wirkstoff von Valium anbieten und somit auch in preislichem Wettbewerb stehen.

34. Abgeordnete
Frau Schoppe
(DIE GRÜNEN)
- Trifft es zu, daß das Bundeserziehungsgeldgesetz auf deutsche, nicht entsandte Angestellte der Goethe-Institute keine Anwendung findet, wenngleich das jeweilige Arbeitsverhältnis ansonsten den Bestimmungen der Bundesrepublik Deutschland (Sozialversicherung, Arbeitsrecht) unterliegt und das bisherige Gesetz über den Mutterschaftsurlaub für diese Personen angewendet wurde?
35. Abgeordnete
Frau Schoppe
(DIE GRÜNEN)
- Wie begründet die Bundesregierung die veränderte sozialrechtliche Behandlung der Angestellten in den Goethe-Instituten?

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Frau Karwatzki
vom 9. März 1987**

Es trifft zu, daß deutsche, nicht entsandte Angestellte der Goethe-Institute, die als sogenannte Ortskräfte im Ausland tätig sind, keinen Anspruch auf Erziehungsgeld haben. Sie hatten auch bisher keinen Anspruch auf Mutterschaftsgeld. Das deutsche Sozialversicherungsrecht findet nämlich auf sie keine Anwendung. Arbeitgeber und Arbeitnehmer können allerdings das deutsche Arbeitsrecht zur Grundlage des Arbeitsverhältnisses machen, so daß die Vorschriften des Mutterschutzgesetzes, soweit es sich um Schutzvorschriften handelt, die der Arbeitgeber selbst erfüllen kann, anzuwenden sind. Nicht vereinbart werden können aber öffentlich-rechtliche Ansprüche, z. B. auf Mutterschaftsgeld oder auf Erziehungsgeld.

Auf Grund ihres Arbeitsvertrages mit den Goethe-Instituten hatten deutsche Ortskräfte bisher einen Anspruch auf Mutterschaftsurlaub. Der Anspruch auf Mutterschaftsurlaub war nämlich unabhängig von dem sozialversicherungsrechtlichen Anspruch auf Mutterschaftsgeld. Ein Anspruch auf Erziehungsurlaub dagegen besteht nicht, weil er an den Anspruch auf Erziehungsgeld gebunden ist. Allerdings können die Goethe-Institute auch ohne entsprechende Verpflichtung einen unbezahlten Sonderurlaub gewähren, der dem Erziehungsurlaub entspricht.

36. Abgeordneter
Stiegler
(SPD)
- Hält die Bundesregierung die Forderungen und Entscheidungen der Bayerischen Staatsregierung zur AIDS-Bekämpfung für die Zielerreichung erforderlich, geeignet und verhältnismäßig, und wie beurteilt sie die Vorschläge und Forderungen der Bayerischen Staatsregierung im Hinblick auf ihre Vereinbarkeit mit dem Grundgesetz, insbesondere mit dem Rechtsstaatsprinzip?

**Antwort des Staatssekretärs Chory
vom 11. März 1987**

Die Bundesregierung sieht es nicht als ihre Aufgabe an, sich im einzelnen zu Maßnahmen zu äußern, die eine Landesregierung in Wahrnehmung ihrer Zuständigkeiten trifft.

Die Bundesregierung weist aber darauf hin, daß sie zur Verhütung und Bekämpfung von AIDS alle erfolgversprechenden Anstrengungen unternimmt. Im Vordergrund steht die Aufklärung der Bevölkerung über die Gefahren und Übertragungswege von AIDS, die wegen des Fehlens von Behandlungsmöglichkeiten zur Zeit nur durch Verhaltensänderungen unterbunden werden können.

Im übrigen geht die Bundesregierung davon aus, daß AIDS eine übertragbare Krankheit im Sinne von § 1 des Bundes-Seuchengesetzes ist. Maßnahmen, die erkennbar dazu führen, daß die Gefahren der Ausbreitung von AIDS nicht verringert, sondern eher vergrößert werden, etwa dadurch, daß sich HIV-Infizierte nicht mehr untersuchen lassen und in Unkenntnis ihres Zustandes andere infizieren, laufen den Zielen des Bundes-Seuchengesetzes zuwider. Dagegen sollte von den Möglichkeiten des Bundes-Seuchengesetzes in vollem Umfang Gebrauch gemacht werden bei Personen, die trotz Kenntnis einer vorliegenden HIV-Infektion durch uneinsichtiges und rücksichtsloses Verhalten andere gefährden und AIDS dadurch weiter verbreiten.

37. Abgeordneter
Jaunich
(SPD)
- Kann die Bundesregierung bestätigen, daß das Bundesgesundheitsamt seit längerem auf die Einführung einer Deklarationspflicht der Inhaltsstoffe von Kosmetika drängt?

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Frau Karwatzki
vom 10. März 1987**

Das Bundesgesundheitsamt hat 1983 darauf hingewiesen, daß die bereits bestehenden gemeinschaftlichen Bestimmungen und damit auch die deutschen Vorschriften zur Kenntlichmachung von Inhaltsstoffen kosmetischer Mittel nicht ausreichen, da sie nur auf einige wenige Stoffe Anwendung finden. Das Amt regte an, diese Vorschriften zu ergänzen und legte hierzu Vorschläge vor, die auf dem Ergebnis eingehender Beratungen der von ihm einberufenen Kosmetik-Kommission beruhten.

Das Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit hat die Vorschläge des Bundesgesundheitsamtes überarbeitet und mit den für die Überwachung kosmetischer Mittel zuständigen Landesbehörden sowie den Sachkennern aus der Verbraucherschaft und der beteiligten Wirtschaft eingehend erörtert. Auf Grund der Ergebnisse dieser Beratungen hat die Bundesregierung einen Vorschlag zur Ergänzung der Vorschriften über die Kenntlichmachung von kosmetischen Inhaltsstoffen in der Kosmetik-Richtlinie erarbeitet und diesen im April 1986 der EG-Kommission zugeleitet, damit die gemeinschaftsrechtlichen Bestimmungen entsprechend geändert werden.

38. Abgeordneter **Jaunich** (SPD) Beabsichtigt die Bundesregierung, in Kürze dem Deutschen Bundestag einen Gesetzesvorschlag in dieser Hinsicht zu machen?

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Frau Karwatzki
vom 10. März 1987**

Die Vorschriften in der Kosmetik-Verordnung zur Kenntlichmachung von Inhaltsstoffen in kosmetischen Mitteln beruhen auf Gemeinschaftsrecht. Die Bundesregierung kann daher keine weitergehenden nationalen Vorschriften erlassen. Aus diesem Grund sind die Änderungen der Kosmetik-Richtlinie abzuwarten, die voraussichtlich auf den Vorschlag der Bundesregierung zur Ergänzung der bestehenden Vorschriften zur Kenntlichmachung kosmetischer Inhaltsstoffe erfolgen werden. In den Arbeitsgruppen der EG-Kommission haben jedoch die Beratungen hierüber wegen anderer vordringlicher Arbeiten noch nicht begonnen, so daß nicht abzusehen ist, wann mit einer erweiterten Kennzeichnungspflicht bei kosmetischen Mitteln auf EG-Ebene und damit auch nach deutschem Recht zu rechnen ist.

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

39. Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU) Ist die Deutsche Bundesbahn bereit, den Nahverkehr im Raum Rastatt, Ötigheim, Bietigheim, Durmersheim auch künftig sicherzustellen, wenn die über diese Orte führende Rheintalstrecke im Zusammenhang mit der Bundesbahnschnelltrasse aufgelassen wird, und wie soll dieses Konzept dann aussehen?

**Antwort des Staatssekretärs Bayer
vom 9. März 1987**

Die Deutsche Bundesbahn hat erneut bekräftigt, die Nahverkehrsbedienung im Raum Rastatt, Ötigheim, Bietigheim, Durmersheim auch künftig sicherzustellen. Die Nahverkehrskonzeption wird im Zuge der Realisierung der Aus- und Neubaustrecke Karlsruhe—Offenburg—Basel mit den Beteiligten abgestimmt werden.

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

40. Abgeordneter
Dr. Holtz
(SPD)
- Treffen Meldungen zu, daß aus den EG-Staaten Tausende von Tonnen verstrahltes Molkepulver und hochgradig verstrahltes Fleisch nach Brasilien exportiert wurden, und was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um solche Exporte aus der EG und vor allem aus der Bundesrepublik Deutschland in Zukunft zu verhindern?

**Antwort des Staatssekretärs Dr. Wagner
vom 5. März 1987**

In den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft sind weder Fleisch noch Molke angefallen, die so hoch kontaminiert gewesen wären, daß Gesundheitsschäden zu befürchten waren. Die mit der Frage unterstellte Gesundheitsgefährdung durch den Export solcher Produkte ist deshalb nicht gegeben.

Soweit in der Bundesrepublik Deutschland Lebensmittel wegen Überschreitung der Grenzwerte entschädigt wurden, geschah dies regelmäßig nur bei Vernichtungsnachweis. Der Export solcher Lebensmittel ist daher auszuschließen.

In der Außenhandelsstatistik wird ein eventueller Radioaktivitätsgehalt von Lebensmitteln nicht erfaßt. Die Grenzwerte der inzwischen bis 31. Oktober 1987 verlängerten EG-Verordnung 1707/86 gelten nur für die Einfuhr aus Drittländern und werden gemäß Ratserklärung auch für den innergemeinschaftlichen Verkehr angewandt. Die bis zum Auslaufen der Verordnung zu erarbeitende allgemeine Regelung soll nach dem gegenwärtigen Stand der Diskussion (Ratsdokument 4414/87) generell gelten, also auch für den Export.

41. Abgeordneter
Kißlinger
(SPD)
- Wie stellt sich aus der Sicht der Bundesregierung der Sachverhalt beim Versuch des Exports von radioaktiv verseuchtem Molkepulver aus der Produktion der Firma Meggle KG dar, und an wen wurden Entschädigungen und/oder Exportförderungsmittel im Zusammenhang mit Produktion und Vertrieb jenes Molkepulvers gezahlt?

**Antwort des Staatssekretärs Dr. Wagner
vom 5. März 1987**

Die Firma Lopex beabsichtigte, nach Erwerb von Molkepulver der Firma Meggle KG dieses anderem Futter mit einem Anteil von etwa 10 v. H. zuzumischen und das Produkt als Futtermittel nach Ägypten zu exportieren. Nach der Ratsverordnung der Europäischen Gemeinschaften vom 30. Mai 1986 (Nr. 1707/86) ist das Molkepulver für Lebensmittelzwecke innerhalb der Gemeinschaft nicht mehr verkehrsfähig, dagegen ist die Verkehrsfähigkeit als Futtermittel insoweit rechtlich nicht beschränkt.

Die Bundesregierung hat das Molkepulver unentgeltlich erworben, um so einen zu erwartenden Schaden des Ansehens der Bundesrepublik Deutschland durch den Export des Molkepulvers abzuwenden.

Exportförderungsmittel wurden nicht gewährt. Vielmehr wurde durch Bescheid des Bundesverwaltungsamtes am 21. Oktober 1986 an die Firma Meggle KG auf Grund der Ausgleichsrichtlinie zu § 38 Abs. 2 Atomgesetz eine Ausgleichszahlung von insgesamt 3 881 099,65 DM gewährt.

42. Abgeordneter
Kißlinger
(SPD)

Welche Reaktoren in der Bundesrepublik Deutschland sind vom gleichen Typ wie jener Reaktor in Neckarwestheim, bei dem der Austausch von 80 Schrauben 80 Millionen DM Kosten verursacht hat, und mit welchen Reparaturkosten rechnet die Bundesregierung bei diesen Reaktoren auf Grund der gleichen Defekte?

**Antwort des Staatssekretärs Dr. Wagner
vom 5. März 1987**

Beim Kernkraftwerk Neckarwestheim 1 handelt es sich um einen Druckwasserreaktor. An dieser Anlage sind Schäden an Schrauben aus dem Material Inconel X750 an der Reaktorkernumfassung, einem Einbauteil des Reaktordruckbehälters, aufgetreten. Schrauben dieses Typs sind an der gleichen Stelle auch in den Kernkraftwerken Biblis A und B, Unterweser und Stade eingesetzt. Schäden an den Kernumfassungsschrauben wurden in den Kernkraftwerken Biblis Block A und B, Unterweser und Neckarwestheim 1 festgestellt; bei Stade sind bisher keine defekten Schrauben festgestellt worden. Die Betreiber der betroffenen Kernkraftwerke werden die Kernumfassungsschrauben aus dem Material Inconel während der regelmäßigen jährlichen Revisionen prüfen und jeweils die defekten Schrauben sowie nach und nach auch die intakten Schrauben gegen solche aus austenitischem Stahl austauschen.

Die Reaktor-Sicherheitskommission hat sich mit den Schäden an Kernumfassungsschrauben des Kernkraftwerks Biblis am 24. September 1980 und mit denen im Kernkraftwerk Neckarwestheim 1 sowie auch den Austauschplanungen an den anderen betroffenen Kernkraftwerken am 18. Februar 1987 befaßt und hierbei die sicherheitstechnischen Fragen nochmals grundsätzlich beraten.

Sie hat keine Bedenken gegen das von den Betreibern vorgesehene Verfahren zur Behebung der Schäden und begrüßt die Absicht der Betreiber der betroffenen Kernkraftwerke, die Kernumfassungsschrauben aus dem Werkstoff Inconel X750 sukzessive auszutauschen. Insbesondere hält sie einen sofortigen Gesamtaustausch nicht für notwendig, da das Verhalten der Kernumfassungsbleche hinreichend unter Kontrolle bleibt.

Die Bundesregierung und die zuständigen Landesbehörden teilen die Bewertung durch die Reaktor-Sicherheitskommission.

Die Kosten für diese Austauschaktionen sind Angelegenheiten der Betreiber der Kernkraftwerke.

Die Kostenfrage der Reparaturarbeiten im Kernkraftwerk Neckarwestheim 1 wurde im Landtag von Baden-Württemberg behandelt. Dazu teilte das Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie Baden-Württemberg mit Schreiben vom 8. Januar 1987 an den Präsidenten des baden-württembergischen Landtages folgendes mit:

„Der Austausch von 89 defekten Schrauben der Kernumfassung verursacht Aufwendungen von etwa 25 Millionen DM. Bei der Annahme, daß die wegen der Schraubenreparatur alternativ durch Kohle oder Öl erzeugte Nettoarbeit rund 1 Milliarde kWh betrage, ergäben sich durch teurere Stromerzeugung oder Fremdstrombezug aus den mit Kohle oder Öl befeuerten Anlagen Mehrbeschaffungskosten von 60 Millionen DM.“

Die Betreiberin von Neckarwestheim 1, GKN GmbH, geht auf der Grundlage vorliegender Angebote davon aus, daß der Austausch der übrigen 836 Schrauben rund 28 Millionen DM kosten wird. Die Arbeiten sollen im wesentlichen während der üblichen Revisionen und insbesondere in den Sommermonaten durchgeführt werden. GKN GmbH rechnet damit, daß

hiernach und wegen der für 1988/89 vorgesehenen Inbetriebnahme des Blockes 2 voraussichtlich keine besonderen Ersatzstromkosten entstehen werden.

Über die Kosten zu den Austauschaktionen bei den anderen betroffenen Kernkraftwerken liegen keine Angaben vor.

43. Abgeordneter
Stiegler
(SPD) Wie ist der Stand der Verhandlungen mit der CSSR-Regierung über ein Umweltabkommen, und bis wann kann mit der Aufnahme einer aktiven Umweltzusammenarbeit gerechnet werden?

Antwort des Staatssekretärs Dr. Wagner
vom 9. März 1987

Die Verhandlungen der Bundesregierung mit der Regierung der CSSR über eine Vereinbarung für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Umweltschutzes sind weit fortgeschritten. Die Bundesregierung ist bereit, diese Vereinbarung zum nächstmöglichen Zeitpunkt zu unterzeichnen. Die nächste Verhandlungsrunde findet in der CSSR statt. Die Bundesregierung geht davon aus, daß die Regierung der CSSR hierzu bald einladen wird. Es ist das Bestreben der Bundesregierung, die Zusammenarbeit schnellstmöglich aufzunehmen.

44. Abgeordneter
Verheugen
(SPD) Kann die Bundesregierung ausführliches Daten- und Zahlenmaterial zum Ausmaß der Luftverschmutzung in Nordostoberfranken vorlegen, und wenn ja, wie sehen diese Zahlen aus?

Antwort des Staatssekretärs Dr. Wagner
vom 9. März 1987

Die Umweltbehörde des Bayerischen Staatsministers für Landesentwicklung und Umweltfragen unterhält ein Meßnetz zur Ermittlung regionaler Luftverunreinigungen. Von dort kann das neueste Daten- und Zahlenmaterial über die Luftbelastung in Nordostoberfranken angefordert werden.

45. Abgeordneter
Verheugen
(SPD) Gibt es in der Frage der Zusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland mit der DDR und der CSSR konkrete neue Ergebnisse, vor allem im Bereich der Rauchgasentschwefelung?

Antwort des Staatssekretärs Dr. Wagner
vom 9. März 1987

Die Verhandlungen der Bundesregierung mit der DDR und der CSSR über Vereinbarungen für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Umweltschutzes befinden sich auf einem guten Weg. Die Bundesregierung strebt eine baldige Unterzeichnung an, damit die drängenden Umweltprobleme konkret zu einer Lösung gebracht werden können. Der Bereich der Rauchgasentschwefelung steht dabei als Schwerpunkt im Vordergrund der angestrebten Zusammenarbeit von Experten

46. Abgeordneter
Verheugen
(SPD) Wann konkret wird die Bundesregierung ihre angekündigten Pilotprojekte mit der DDR zur Rauchgasentschwefelung umsetzen?

**Antwort des Staatssekretärs Dr. Wagner
vom 9. März 1987**

Die Bundesregierung wird alles in ihren Kräften Stehende tun, um im Rahmen der konkreten Zusammenarbeit mit der DDR auf dem Gebiet der Rauchgasentschwefelung möglichst schnell zu wirkungsvollen Ergebnissen zu kommen.

47. Abgeordneter **Verheugen** (SPD) Wird der Raum Nordostoberfranken ein Schwerpunkt dieser Projekte sein?

**Antwort des Staatssekretärs Dr. Wagner
vom 9. März 1987**

Im Rahmen der vorgenannten Zusammenarbeit wird die Bundesregierung darauf hinwirken, daß jene Emissionsquellen in der DDR gemindert werden, die das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland am stärksten beeinflussen. Nach einer von dem Bayerischen Staatsminister für Landesentwicklung und Umweltfragen in Auftrag gegebenen Untersuchung ist die SO₂-Immissionsbelastung in Nordostbayern durch die DDR besonders hoch.

48. Abgeordneter **Büchler** (Hof) (SPD) Ist die Bundesregierung bereit, Finanzhilfen an die DDR und die CSSR zu leisten, um eine beschleunigte Luftreinhaltepolitik möglich zu machen?

**Antwort des Staatssekretärs Dr. Wagner
vom 9. März 1987**

Die Bundesregierung wird alle Möglichkeiten prüfen, die zu einer wirksamen Verbesserung der Luftsituation führen. Im Rahmen der Zusammenarbeit ist zunächst zu erörtern, welche konkreten Maßnahmen getroffen werden müssen.

49. Abgeordneter **Büchler** (Hof) (SPD) Was hat die Bundesregierung im vergangenen Jahr zur Beseitigung des sogenannten Katzendreckgestanks im Raum Hof konkret unternommen?

**Antwort des Staatssekretärs Dr. Wagner
vom 9. März 1987**

Die in Nordostbayern schon vor Jahren unter dem Begriff „Katzendreckgestank“ bekanntgewordene Geruchsbelästigung stammte aus tschechischen Braunkohlenkombinaten, die mit der Verfahrenstechnik der Braunkohlenversorgung arbeiten. Nach den der Bundesregierung vorliegenden Informationen sind Ende letzten Jahres geeignete Abgasreinigungsanlagen installiert und in Betrieb genommen worden.

Eine weitere Quelle der Geruchsbelästigung ist die Zellstoff- und Papierfabrik Blankenstein in der DDR. Die Bundesregierung bemüht sich in Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Staatsminister für Landesentwicklung und Umweltfragen, die DDR zur Verminderung dieser aus verschiedenen Produktionsvorgängen stammenden Emissionen zu veranlassen; Teilerfolge sind bereits erzielt worden. Weitere Sanierungsmaßnahmen sind nach Informationen aus der DDR im Gange.

50. Abgeordneter
Büchler
(Hof)
(SPD)
- Hat die Bundesregierung Erkenntnisse über gesundheitliche Langzeitschäden durch Luftverschmutzung in Nordostoberfranken, und wenn nein, ist sie bereit, Studien zu diesem Themenkomplex in Auftrag zu geben?

Antwort des Staatssekretärs Dr. Wagner
vom 9. März 1987

Nach den der Bundesregierung vorliegenden Informationen ist kein eindeutiger Zusammenhang zwischen der Häufigkeit der Atemweg Erkrankungen und der Luftqualität im Nordostbayerischen Raum erkennbar. Unabhängig davon werden von der Bundesregierung und von den Landesregierungen Studien über die Zusammenhänge der Schadstoffbelastung der Luft und der Erkrankungen der Atmungsorgane gefördert.

51. Abgeordneter
Leidinger
(SPD)
- Welche Informationen über End- oder Weiterlagerungslösungen für das verstrahlte Molkepulver bildeten die Grundlage der Aussage des Bundesministers der Verteidigung, daß die Waggonladungen nicht länger als drei Monate innerhalb von Bundeswehrarealen verbleiben?

Antwort des Staatssekretärs Dr. Wagner
vom 10. März 1987

Die Aussage des Bundesministers der Verteidigung bezieht sich auf eine Vereinbarung zwischen ihm und dem Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, wonach als mögliche Verweildauer der Eisenbahnwaggons mit dem Molkepulver auf dem Gelände der Bundeswehr zwölf Wochen vorgesehen sind. Dieser Zeitrahmen beruht auf einer fachlich begründeten Prognose hinsichtlich der weiteren Handhabung des Molkepulvers.

52. Abgeordneter
Leidinger
(SPD)
- Wann hat der Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit im Fall des verstrahlten Molkepulvers die Übernahme der Lagerungs- und Entsorgungskosten zugesagt, und von welchem Kostenrahmen ist er dabei ausgegangen?

Antwort des Staatssekretärs Dr. Wagner
vom 10. März 1987

Die Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch den Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat auf Grund eines Vertrages vom 5. Februar 1987 mit den Firmen Meggle – Milchindustrie GmbH & Co KG und Lopex GmbH das Eigentum an rund 5000 Tonnen teilentzuckerten Molkepulvers erworben, das zu dieser Zeit in Waggons in Bremen, Köln, Rosenheim und Jettenbach lagerte. Die Übernahme erfolgte ohne Kostenerstattung. Transport-, Lager- und sonstige Kosten gehen ab Übernahme 6. Februar 1987, 0.00 Uhr, zu Lasten des Bundes. Die Höhe der Kosten ist abhängig von der Lagerzeit und der Wahl der derzeit sich in Prüfung befindlichen Möglichkeiten der weiteren Behandlung des Molkepulvers.

53. Abgeordneter
Leidinger
(SPD)
- Seit wann werden im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit Lösungsmodelle für die Entsorgung des verstrahlten Molkepulvers erarbeitet, und gab es nutzbare Vorarbeiten anderer Stellen, insbesondere bayerischer Landesbehörden?

Antwort des Staatssekretärs Dr. Wagner
vom 10. März 1987

Seit Übernahme des radioaktiv kontaminierten Molkepulvers werden Lösungsmodelle zur weiteren Behandlung dieses Molkepulvers erarbeitet. Hinzu kommt eine Vielzahl an Angeboten, auch aus der privaten Industrie, die in die Prüfung des bestgeeigneten Lösungsmodells eingehen. Ebenso werden die Vorarbeiten der bayerischen Landesbehörden in die Überprüfung einbezogen.

54. Abgeordneter
Dr. de With
(SPD)
- Hält es die Bundesregierung angesichts der häufigen Inversionswetterlagen in Nordostoberfranken für angebracht, die Auslösewerte für Smogalarm in der Region herabzusetzen, und wenn ja, wird sie entsprechend auf die Bayerische Staatsregierung einwirken?

Antwort des Staatssekretärs Dr. Wagner
vom 9. März 1987

Auf der Grundlage des Bundes-Immissionsschutzgesetzes können Gebiete festgelegt werden, in denen während austauscharmer Wetterlagen zur Vermeidung oder Verminderung eines starken Anwachsens schädlicher Luftverunreinigungen der Kraftfahrzeugverkehr und der Betrieb von Anlagen eingeschränkt werden können. Zum Erlaß dieser „Smog-Verordnungen“ sind ausschließlich die Landesregierungen ermächtigt. Als Grundlage für ein weitgehend einheitliches Vorgehen haben die Länder eine Muster-Smog-Verordnung erarbeitet. Dabei hat die Festlegung wissenschaftlich-medizinisch begründeter Auslösekriterien eine wesentliche Rolle gespielt. Neue Erkenntnisse, die eine Herabsetzung der festgelegten Kriterien rechtfertigen, liegen nicht vor.

55. Abgeordneter
Dr. de With
(SPD)
- Wird die Bundesregierung auf die Bayerische Staatsregierung mit dem Ziel einwirken, die Region Oberfranken in die Fläche der als Smoggebiete ausgewiesenen Regionen aufzunehmen?

Antwort des Staatssekretärs Dr. Wagner
vom 9. März 1987

Die Kenntnisse, die zur Ausweisung eines bestimmten Gebietes als Smoggebiet erforderlich sind, stehen der Bundesregierung nicht zur Verfügung, wohl aber den Landesregierungen. Dies war offensichtlich der Grund des Gesetzgebers dafür, die Verantwortung für die Festlegung von Smoggebieten den Ländern zu übertragen.

56. Abgeordneter
Dr. de With
(SPD)
- Wird die Bundesregierung Gespräche mit der Bayerischen Staatsregierung führen, die zum Ziel haben, regionale Emissionskataster für den Raum Nordostoberfranken möglich zu machen?

**Antwort des Staatssekretärs Dr. Wagner
vom 9. März 1987**

Nach § 44 Abs. 2 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes legen die Landesregierungen durch Rechtsverordnung Gebiete fest, in denen Luftverunreinigungen in besonderem Maße schädliche Umwelteinwirkungen hervorrufen könnten (Belastungsgebiete). Nach § 46 Abs. 1 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes haben die nach Landesrecht zuständigen Behörden in Belastungsgebieten ein Emissionskataster aufzustellen. Auch hier ist wegen der besonderen regionalen Aspekte eine alleinige Zuständigkeit der Länder gegeben.

- | | |
|---|---|
| 57. Abgeordneter
Schäfer
(Offenburg)
(SPD) | Ist der Bundesregierung bekannt, ob über die 5 000 Tonnen Molkepulver, die in Meppen in Waggons zwischengelagert sind, und über die 2 000 Tonnen die bei der Firma Meggle in Forsting im Landkreis Rosenheim lagern, hinaus weiteres radioaktiv kontaminiertes Molkepulver woanders lagert? |
| 58. Abgeordneter
Schäfer
(Offenburg)
(SPD) | Wenn ja, kennt die Bundesregierung die Standorte, die Mengen sowie die Belastungsintensität der weiteren Molkelagerung? |

**Antwort des Staatssekretärs Dr. Wagner
vom 10. März 1987**

Der Bundesregierung ist nicht bekannt, daß über die genannten 7 000 Tonnen hinaus (3 000 Tonnen in Meppen, 2 000 Tonnen in Feldkirchen Mitterharthausen, 2 000 Tonnen in Forsting) Molkepulver gelagert wird, dessen Aktivität an radioaktivem Caesium die Grenzwerte der Europäischen Gemeinschaft übersteigt. Insbesondere sind keine Entschädigungsansprüche nach der Richtlinie zur Abwicklung von Ausgleichsansprüchen nach § 38 Abs. 2 des Atomgesetzes nach dem Reaktorunfall in Tschernobyl beim Bundesverwaltungsamt geltend gemacht worden.

- | | |
|---|---|
| 59. Abgeordneter
Schäfer
(Offenburg)
(SPD) | Hat die Bundesregierung Kenntnis darüber, ob in einer Halle des Bundesbahnausbesserungswerkes zwischen Rosenheim und Kolbermoor weitere Mengen verstrahlter Molke lagern? |
| 60. Abgeordneter
Schäfer
(Offenburg)
(SPD) | Wenn ja, welche Mengen lagern dort, und wie hoch ist die radioaktive Belastung? |

**Antwort des Staatssekretärs Dr. Wagner
vom 10. März 1987**

Nach Auskunft der Deutschen Bundesbahn befindet sich im genannten Bereich kein Bundesbahnausbesserungswerk. Ansässig ist dort eine private Firma, bei der die Firma Meggle regelmäßig Molkepulver lagert und entsprechend dem Absatzmarkt umschlägt. Nach Auskunft der Firma Meggle werden bei diesem Molkepulver die Grenzwerte der Europäischen Gemeinschaft nicht überschritten.

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung,
Bauwesen und Städtebau**

61. Abgeordneter
Bachmaier
(SPD)
- Hält die Bundesregierung es mit dem Grundgesetz (Artikel 3 Abs. 1, Sozialstaatsprinzip) für vereinbar, daß Abtretungen auf Grund des Gesetzes über die Abtretung von Beamtenbezügen zum Heimstättenbau vom 30. Juni 1927 bei Beamten, Geistlichen und Berufssoldaten sowie ihren Hinterbliebenen im Gegensatz zu anderen Personen über Beträge möglich sind, die gemäß § 850 c ZPO insbesondere bei Personen mit einer Unterhaltspflicht gegenüber mehreren Unterhaltsberechtigten unpfändbar sind, und daß diese Abtretungen nur gegenüber öffentlich-rechtlichen Kreditinstituten oder gemeinnützigen Unternehmen möglich sind?
62. Abgeordneter
Bachmaier
(SPD)
- Beabsichtigt die Bundesregierung gegebenenfalls eine Neuregelung des Gesetzes über die Abtretung von Beamtenbezügen zum Heimstättenbau, und wenn ja, welche?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Jahn
vom 10. März 1987**

Die Konsequenzen aus dem als Bundesrecht fortgeltenden Gesetz über die Abtretung von Beamtenbezügen zum Heimstättenbau vom 30. Juni 1927 erscheinen angesichts der veränderten Verhältnisse auch der Bundesregierung problematisch. Sie hat daher bereits in der 10. Legislaturperiode Schritte zu einer Neuregelung eingeleitet. Die Bundesregierung setzt sich für eine baldige Lösung der Problematik ein.

63. Abgeordneter
Dr. Sperling
(SPD)
- Welche Verbesserungen im Mietenindex hat die Bundesregierung gemäß ihrer Ankündigung in der Beantwortung der Kleinen Anfrage der Fraktion der SPD zum Mietenindex bisher vorgenommen?

**Antwort des Staatssekretärs von Loewenich
vom 12. März 1987**

Die Bundesregierung hat in ihrer Antwort vom 19. Dezember 1985 (Drucksache 10/4598) auf die Kleine Anfrage „Mietsteigerungen und Aussagekraft des Mietenindex“ der Fraktion der SPD vom 8. November 1985 (Drucksache 10/4146) erklärt, sie sei bestrebt, den Mietenindex insgesamt zu verbessern. Diese Absicht werde allerdings dadurch erschwert, daß nur mit Mühe Mieter zur laufenden Auskunftserteilung für den Mietenindex gewonnen werden könnten.

Diese Schwierigkeiten bestehen fort. Zunächst gibt es keine Rechtsgrundlage, die es ermöglichen würde, Anschriften für eine systematische Auswahl von Wohnungen zu erhalten, um damit die Anzahl der für den Index erfaßten Wohnungen zu erhöhen. Außerdem fehlt es in der Praxis an der Möglichkeit, auf eine Auskunftspflicht zurückzugreifen, so daß in ausreichender Zahl freiwillige Auskunftgeber gewonnen werden müssen.

Auf der jetzigen Rechtsgrundlage kann sich das Statistische Bundesamt nur bemühen, den Mietenindex durch Behelfslösungen zu verbessern. So ist es in Baden-Württemberg in Zusammenarbeit mit Wohnungsunternehmen gelungen, rund 1 000 öffentlich geförderte Wohnungen zusätzlich in die Berichterstattung einzubeziehen. In anderen Ländern dauern die Bemühungen noch an. Im freifinanzierten Wohnungsbau konnten trotz Unterstützung durch den Zentralverband der Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer e. V. erst wenige Vermieter gefunden werden, die auf freiwilliger Basis bereit sind, Mietangaben zur Verfügung zu Stellen.

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

64. Abgeordneter **Reschke** (SPD) Welche Technologien zur Entsorgung von PCB-belastetem Altöl gibt es außer der thermischen Behandlung, und welche Forschungen und Entwicklungen werden vom Bund gefördert?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Probst vom 10. März 1987

Zur Aufbereitung von Altölen kommen grundsätzlich die folgenden Trennverfahren in Betracht, die zum Teil im Verbund mit weiteren physikalisch-chemischen Verfahrensschritten angewendet werden können:

- Schwerkrafttrennung nach Dichte
Dekantieren und/oder Zentrifugieren in Kombination mit Flockung
- Trennung nach Polarität
Adsorption, Extraktion auch mit überkritischen Fluiden
- Trennung nach Dampfdruck
Destillation
- Chemische Behandlung
Hydrieren, Umsatz mit Säuren und/oder Basen einschließlich metallischem Natrium
- Fest/flüssig Trennung
Filtrieren, Separieren in Kombination mit anderen physikalisch-chemischen Verfahren.

Bei einer ersten Patent- und Literaturrecherche des Instituts für Erdölforschung, Clausthal-Zellerfeld, wurden rund 16 Verfahren und weitere Verfahrenskombinationen ermittelt. Im Rahmen eines beabsichtigten Forschungsprojektes soll deren Eignung zur umweltverträglichen Aufarbeitung von Altöl insbesondere auch PCB-haltiger Altöle näher untersucht und bewertet werden. Dieses Projekt befindet sich z. Z. noch in Vorbereitung. Auf der Grundlage dieser Untersuchungsergebnisse soll auch eventuell noch bestehender und künftiger FuE-Bedarf neu bewertet werden.

Folgende Projekte werden z. Z. vom Bundesministerium für Forschung und Technologie gefördert:

- 1) Planung, Bau und Betrieb einer Anlage zur überkritischen Extraktion von Altöl
Firma Krupp-Koppers GmbH Förderung:
ca. 2,07 Millionen DM (50 v. H.)
- 2) Entwicklung eines Verfahrens zur Entsorgung von höher chlorierten sowie fluorierten und bromierten Kohlenwasserstoffen durch thermische Zersetzung

Firma Nukem

Förderung:

Phase I 696 TDM (75 v. H.)

Phase II 1,5 Millionen DM (60 v. H.)

- 3) Verminderung der Umweltbelastung durch Hydrierung kohlenstoffhaltiger Abfälle

Firma Union-Kraftstoff AG

Förderung:

1,46 Millionen DM (40 v. H.).

Darüber hinaus soll geprüft werden, inwieweit eine Verwertung PCB-haltiger Altöle in Hydrierungsanlagen möglich ist.

65. Abgeordneter
Catenhusen
(SPD)

Welche Mittel hat der Bund jeweils in den Jahren 1970 bis 1986, einschließlich der institutionellen Förderung, für die Fusionsforschung zur Verfügung gestellt?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Probst vom 10. März 1987

Die Forschung zur thermonuklearen Fusion wird nur institutionell durchgeführt. Die Programme, die beim Kernforschungszentrum Karlsruhe, bei der Kernforschungsanlage Jülich und beim Max-Planck-Institut für Plasmaphysik durchgeführt werden, sind vollständig in das Euratom-Fusionsprogramm eingebunden. Die Bundesregierung hat hierfür folgende Förderungsmittel ausgegeben:

– in Millionen DM –										
1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980
53	55	57	64	70	73	77	78	85	101	104
1981	1982	1983	1984	1985	1986					
105	117	143	158	167	185,2*)					

*) Die Angaben für 1986 stehen noch unter Vorbehalt.

66. Abgeordneter
Catenhusen
(SPD)

Welche Projekte fördert das Bundesministerium für Forschung und Technologie seit 1984 zur Entschlüsselung des menschlichen Genoms?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Probst vom 10. März 1987

Das Bundesministerium für Forschung und Technologie fördert seit 1984 das Verbundprojekt „DNA-Sonden zur Erfassung erheblicher Defekte beim Menschen“.

Beteiligte Institutionen:

Institut für Humangenetik der Universität Münster

Institut für Humangenetik und Anthropologie der Universität Düsseldorf

Institut für Humangenetik der Universität Bonn

Institut für Humangenetik der Universität Hamburg

Dechema, Deutsche Gesellschaft für chemisches Apparatewesen, Frankfurt/Main

Laufzeit: 1. Januar 1984 bis 31. Dezember 1988

Gesamtförderungsbetrag: 3 617 390 DM.

Die Ziele des Projektes lassen sich in vier Gruppen zusammenfassen:

- I. Entwicklung eines generellen Suchrasters zur Identitätsfeststellung von Defektgenen
- II. Einkreisen und Auffinden unbekannter Defektgene
- III. Molekulare Analyse erkannter Defektgene zur Vorbereitung einer direkten Diagnose
- IV. Methodische und apparative Verbesserungen (Systementwicklung).

Bei der überwiegenden Anzahl erheblicher Erkrankungen ist weder die topographische Lage noch die Art des genetischen Defektes, noch dessen Einfluß auf die Ausprägung von pathologischen Merkmalen bekannt. In den betroffenen Familien ist in der Mehrzahl der Fälle daher das rechtzeitige Erkennen von Defektgenträgern noch nicht zuverlässig möglich. Zu diesen Krankheiten zählen häufige und/oder schwerwiegende dominante Erbkrankheiten (z. B. Cystennieren, Huntington'sche Erkrankungen), rezessiv vererbte Erkrankungen (z. B. Cystische Fibrose, Adrenogenitales Syndrom, alpha-1-Antitrypsin-Mangel) sowie x-chromosomale Erkrankungen (z. B. Hämophilie A und B, Muskeldystrophien).

67. Abgeordneter
Catenhusen
(SPD)

Welche Projekte fördert das Bundesministerium für Forschung und Technologie seit 1984 zur Weiterentwicklung der Methode der pränatalen Diagnostik, und welche genetischen Defekte sollen dabei analysiert werden können?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Probst vom 10. März 1987

Das Bundesministerium für Forschung und Technologie fördert seit 1984 im Rahmen des Programms der Bundesregierung „Forschung und Entwicklung im Dienste der Gesundheit“ unter dem Förderschwerpunkt „Verbesserung der Schwangerenvorsorge und Geburtshilfe“ (SVG) insgesamt bisher 27 Vorhaben zur Weiterentwicklung der pränatalen Diagnostik mit einem Gesamtvolumen von rund 13 Millionen DM.

Die Förderkennzeichen (FKZ), die Projektleiter, die ausführenden Stellen, die Themen und die Förderbeträge sowie die Laufzeiten sind einer Liste zu entnehmen, die ich Ihnen gerne zukommen lasse.

Die Vorhaben mit dem FKZ 0706507 – 0706532 bilden zusammengekommen die multizentrische Studie zur Chorionbiopsie: Die aus diesen Einzelvorhaben fließenden pränataldiagnostischen Daten werden zur zentralen Auswertung an die Dokumentationsstelle der Universität München gesandt. Wegen der in den einzelnen Zentren unter fördertechnischen Gesichtspunkten als klein zu bezeichnenden Fallzahlen wurde die Struktur einer Verbundstudie gewählt. Ziel dieser Verbundstudie ist in erster Linie die Risikoabschätzung der Chorionbiopsie im Vergleich zu den Risiken der Amniocentese. Ein weiteres Ziel dieser Verbundstudie ist die Ausweitung von Analysemöglichkeiten schwerwiegender Erbkrankheiten, wie z. B. von erblichen Muskelkrankheiten, Hämophilie A und B und Mukoviszidose. Da es im Rahmen dieser Verbundstudie zu häufigen Workshops, die die Qualität der erhobenen Daten sichern müssen, kommt, kann diese Studie durch Verbesserung der Techniken auch als Beitrag zur Qualitätssteigerung in der Medizin gewertet werden.

Bonn, den 13. März 1987

